

Jan Schüßler ZDF - 02.08.2019 18:02 Uhr

FFF: Generalstreik fürs Klima? - Das sagen Gewerkschaften zur Klimabewegung

Joko Winterscheidt schlägt beim "Fridays for Future"-Kongress einen Streikaufruf "an alle" vor. Würden sich große Gewerkschaften daran beteiligen? Wir haben nachgefragt.

"Warum geht nur ihr auf die Straße? Warum sind es nicht die Leute, die am Freitag in einem Büro sitzen", rief Joko Winterscheidt am Donnerstag Hunderten Teilnehmern des ersten großen "Fridays for Future"-Kongresses in Dortmund zu. "Warum legt man nicht einfach mal - steile These - dieses Land lahm an einem Freitag?" Alle zeigten immer begeistert auf das, was die jungen Aktivisten bisher geleistet hätten, "aber viel zu viele bleiben zuhause". "Fridays for Future" (FFF) selbst hat für den 20. September unter dem Motto "Alle fürs Klima" zu einer generationenübergreifenden Demo aufgerufen. Bleiben also bald freitags die Büros leer? Wir haben bei den großen deutschen Gewerkschaften nachgefragt, wie sie zu der Bewegung stehen - und inwieweit eine Beteiligung am Protest der Schüler und Studierenden denkbar ist.

Das sagen die Gewerkschaften

Verdi

Die Gewerkschaft ver.di beteilige sich "in der einen oder anderen Form an den Aktionen und Diskussionen von 'Fridays for Future'". Auch der Bundesvorstand habe sich ausführlich mit dem Thema befasst. "Er wird Aktivitäten von 'Fridays for Future' in der Aktionswoche im September unterstützen und diskutiert noch, in welcher Form das genau passieren kann", teilt Verdi auf ZDF-Anfrage mit. Dabei ist klar, dass wir als ver.di aufgrund des existierenden Rechtsrahmens nicht zu einem Klimastreik aufrufen können. Denn das kann im schlimmsten Fall für Beschäftigte Abmahnungen oder Kündigungen nach sich ziehen.

Unabhängig davon würden regionale Verdi-Gliederungen eigenständig über die Unterstützung und Zusammenarbeit bei Aktionen von 'Fridays for Future' im September oder bereits jetzt entscheiden. "Dabei ist klar, dass wir als Verdi aufgrund des existierenden Rechtsrahmens nicht zu einem Klimastreik aufrufen können. Denn das kann im schlimmsten Fall für Beschäftigte Abmahnungen oder Kündigungen nach sich ziehen", erklärt die Gewerkschaft. Gleichzeitig weist Verdi auf andere Möglichkeiten hin, wie sich Mitglieder am Protest beteiligen könnten: "Man beantragt kollektiv einen Tag Urlaub und geht mit Leuten aus dem Betrieb zur Demonstration, der Arbeitgeber stellt die Beschäftigten frei - oder man führt eine aktive Mittagspause gut sichtbar zum Thema vor oder im Betrieb durch."

Pressesprecherin Eva Völpel geht davon aus, "dass das Engagement, gemeinsam laut und sichtbar Druck zu machen für eine andere Klimapolitik, noch zunimmt. Das betrifft etwa auch die Frage nach branchenübergreifenden gemeinsamen Aktionen von Gewerkschaften, die so noch nicht stattgefunden haben (wenngleich es gewerkschaftlichen Austausch zum Thema gibt)".

GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)

Die GEW ist die größte Bildungsgewerkschaft Deutschlands. Die Gewerkschaft habe die Aktionen von "Fridays for Future" bislang solidarisch unterstützt, erklärt Ilka Hoffmann, die im GEW-Vorstand für den Bereich Schule verantwortlich ist. Dies sei vor allem auf regionaler Ebene geschehen.

Die Befürchtung besteht, dass in einem medialen Hype, der den Klimaschutz zu isoliert betrachtet, die sozialen (Armut, soziale Spaltung, Unterfinanzierung der Bildung) und ökologischen Themen (umfassender Naturschutz) untergehen. Allerdings weist Hoffmann auch daraufhin, dass sie "Klimaschutz als Teil eines größeren Zusammenhangs" denke. Jugendbeteiligung sei daher in diesem Zusammenhang wichtig und deshalb nehme die GEW diese Bewegung auch sehr ernst. „Die Klimakrise hängt ja sehr eng mit den Themen Ausbeutung von Mensch und Natur zusammen“, sagt Ilka Hoffmann. Im Rahmen dessen weist sie auch daraufhin, dass noch nicht ganz klar sei, welche Ziele "Fridays for Future" über die Dekarbonisierung hinaus verfolge. Es sei sehr viel einfacher für einen gut verdienenden Freiberufler oder fest angestellten Menschen mitzustreiken als für einen prekär Beschäftigten, der um seinen Job fürchten müsse. Die medialen Themensetzungen würden insofern im Wesentlichen um die Fragen einer bestimmten Gesellschaftsschicht kreisen. Bei der GEW käme hinzu, dass viele der Mitglieder verbeamtet seien und nicht streiken dürften. Ein Disziplinarverfahren müsse in Kauf genommen werden. "Und da muss man als Gewerkschaft sehr genau überlegen, für welche Aktion man seine Mitglieder aufruft. Die Ziele müssen ganz klar und konkret formuliert sein."

IG Metall

Die IG Metall weist daraufhin, dass der Aufruf zu einem Streik nur im Rahmen von Tarifverhandlungen zulässig sei. Auf lokaler Ebene gebe es seit längerem einen inhaltlichen Austausch zwischen Mitgliedern der IG Metall und "Fridays for Future". Die IG Metall Jugend habe auf ihrer Konferenz im Frühjahr ihre Solidarität mit "Fridays for Future" bekundet. In der IG Metall werde diskutiert, in welcher Form der Protesttag, zu dem "Friday for Future" am 20. September aufruft, unterstützt werden kann. Der IG Metall sei es ernst mit den Klimaschutzzielen. Das habe die Kundgebung #Fairwandel Ende Juni in Berlin gezeigt. Dort hätten mehr als 50.000 Menschen für eine gerechte Transformation demonstriert, die den Beschäftigten eine Perspektive im ökologischen Wandel gibt. Dabei sei sich die IG Metall der doppelten Verantwortung bewusst, das Klima zu schützen und Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern. Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, sagt: "Klimaschutz und Beschäftigung gehören zusammen."

EVG (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft)

"Wir müssen Verkehr völlig neu denken und schnellstmöglich effektive Anreize schaffen, Verkehr zu vermeiden beziehungsweise umweltfreundliche Alternativen zu nutzen. Insofern begrüßen wir grundsätzlich die Zielsetzung von 'Fridays for Future'.

Die EVG stehe in engem Kontakt zu "Fridays for Future". Es habe bereits Beteiligungen an Aktionen von "Fridays for Future" gegeben, zudem werde die Gewerkschaft sich an den Demos am 20. September beteiligen. "Wir verfolgen die gleichen Ziele. Für mehr Klimaschutz braucht es aus unserer Sicht eine stärkere Bahn und dafür deutlich mehr Investitionen in die Schienen-Infrastruktur", erklärt die EVG. Einer weiteren Beteiligung stehe man ferner aufgeschlossen gegenüber. Die EVG fordere seit Langem eine deutliche Wende in der Verkehrspolitik. "Wir müssen Verkehr völlig neu denken und schnellstmöglich effektive Anreize schaffen, Verkehr zu vermeiden beziehungsweise umweltfreundliche Alternativen zu nutzen. Insofern begrüßen wir grundsätzlich die Zielsetzung von 'Fridays for Future', da damit die notwendige und längst überfällige Diskussion über unsere Umwelt angestoßen wird", teilt Pressesprecher Uwe Reitz mit.

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)

Die IG Bau verweist auf ihr Engagement im Rahmen der Klima-Allianz. Darüber hinaus kooperiere die Gewerkschaft mit einigen Umweltverbänden. Die IG BAU-Aktivengruppe "Junge BAU" habe bereits im April 2019 zur Unterstützung von "Fridays for Future" aufgerufen. Pressesprecher Ruprecht

Hammerschmidt verweist auf das Mitgliedermagazin der Gewerkschaft und zitiert den IG BAU-Bundesjugendsekretär. "Wir freuen uns, wenn sich unsere jungen Kolleg*innen an diesen Protesten beteiligen", erklärt dieser. Darüber hinaus gebe es Überlegungen mit "Fridays for Future" zusammenzuarbeiten.